

ger als man der Zentrumsparlei als solcher auch nicht das Geringste anzuhaben vermag, sondern gerade ihr von jedem Einsichtigen und Redlichen die höchste Anerkennung für ihre politische und staatsmännliche Führung ausgesprochen wird. Niemand hat deshalb auch ein großes Interesse daran, die Reihen reinzuhalten, als die Partei selbst, und sie ist entschlossen, es mit allen Mitteln zu tun. Es wäre vielleicht manchem Parteigebhörigen erwünscht, wenn die Fraktion schon heute öffentlich einen ganz scharfen Trennungsschnitt zwischen sich und jenen Rädigen machte. Man muß aber demgegenüber auch bedenken, daß bis heute noch keine richterliche Entscheidung getroffen worden ist, und deshalb auch offiziell noch keine endgültige Belastung festgestellt wurde. Man befindet sich erst mitten im Klärungsprozeß. In dem Moment jedoch, wo eine öffentliche Belastung als erwiesen anzusehen ist, kann die Partei keine Rücksicht mehr kennen. Wir unsererseits möchten folgendes betonen: Wir haben seinerzeit, als beispielsweise die Korruption der Zeigler-Kera in Sachsen offenbar wurde, die schärfste Verurteilung für solche Vergehen gefordert. Wir fordern aber heute gegen die Beschuldigten ein um so schärferes Vorgehen, je näher sie dem Zentrum standen. Wir betonen aber weiter: Eben weil die Ehre der Partei viel zu hoch und unantastbar ist, als daß sie durch den oder jenen Abwegigen (diese Abwegigkeit muß vorläufig auch noch erst endgültig bewiesen werden) befleckt werden könnte, deshalb wissen wir genau zu unterscheiden zwischen Einzelperson und Partei. Und noch viel weniger kann diese Ehre durch das Befehlungsverfahren einer gewissen Presse und Parteirichtung herabgedrückt werden. Und das Zentrum wird darum auch in Preußen gegenwärtig den Weg weitergehen, der ihm am besten erscheint. Reht erst recht! Nachdem das ganze Manöver der Skandalgeschichten klar vorliegt.

### Bauer und Höfle

Berlin, 10. Februar. Einer Korrespondenzmeldung zufolge soll gegen den ehemaligen Reichshändler Bauer bereits das Ermittlungsverfahren Grund der Anschuldigungen eingeleitet worden sein, daß entgegen dem seinerzeit bestehenden Vorschriften Unfälle von Dornen zum eigenen Vorteil begünstigt habe. Beim Beginn der gestrigen Reichstags-Sitzung teilte der Reichstagspräsident mit, daß der Abg. Höfle sein Mandat niedergelegt hat. Dieser Entschluß Dr. Höfles ist anscheinend darauf zurückzuführen, daß möglicherweise auch gegen ihn ein Ermittlungsverfahren eingeleitet werden müsse. In diesem Falle hätte Antrag auf Wählung der Immunität gestellt werden müssen, ein Antrag, den die Zentrumsfraktion geschlossen zugestimmt hätte. Die Zentrumsfraktion ist noch wie vor entschlossen, alle Maßnahmen zu unterstützen oder zu veranlassen, die zu einer völligen Klärung der ganzen Kreditangelegenheit führen können. Höfles Mandatniederlegung ermdet es dem Staatsanwalt, alle für den Fortgang der Untersuchung erforderlichen Schritte ohne Verzögerung zu ergreifen.

Als Nachfolger des ehemaligen Reichspostministers Höfle wird voraussichtlich der Gewerkschaftssekretär Hüke aus Hellingenbad als Zentrumsabgeordneter für den Wahlkreis Thüringen in den Reichstag eintreten.

### Die Ruhrkredite

Berlin, 10. Februar. Wie die Blätter erfahren, wird die Denkschrift über die Ruhrkredite fertiggestellt werden, nachdem sich das Kabinett noch einmal damit beschäftigt haben wird, also vermutlich Ende der Woche. Der demokratische Abg. Erbsenz fordert in einer demokratischen Vertreterversammlung in Elberfeld die Einleitung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses in Sachen der Ruhrkredite.

### Vor der Revision im Magdeburger Prozeß

Berlin, 10. Februar. Heute in einer Woche beginnt die Revision des Magdeburger Prozeß. Hinter den Kulissen des Magdeburger Prozeß steht das „Berliner Tageblatt“ in sensationeller Form mit, daß bei einem bereits mit Justizratsvorsitzenden Hans Hans-Johor Kreis aus Kallmünz in Bayern, der wegen Verhinderung von der höchsten Grenzpolizei an der schweizerischen Grenze verhaftet worden ist, Dokumente gefunden worden seien, die im Zusammenhang mit dem Magdeburger Prozeß stünden. Das Blatt veröffentlicht diese Dokumente im Wortlaut. Es handelt sich um Briefe eines gewissen H. Thurn in Augsburg an Kreis, in denen der Absicht ausgesprochen wird, eine Erklärung zu unterstützen, worin er sich bereit erklärt, eine Reihe anderer wichtiger Verhältnisse gegen die sozialdemokratische Partei und den damaligen Reichstagsabgeordneten Erbsenz vor einem Gericht öffentlich zu erklären. Mit Thurn habe v. Korfner und Nordholt in Verbindung gestanden. — Das „Berliner Tageblatt“ wird den Beweis für seine Behauptungen zweifellos vor Gericht erbringen müssen.

### Die Reisepläne des Reichshanzlers

Berlin, 10. Februar. Reichshändler Dr. Luther hat sich gestern dem Oberbürgermeister Adenauer und dem Reichsminister für die Reichshändler einen Besuch ab. Der englische Botschafter Wiggott wurde vom Reichshändler empfangen. Um 11.30 Uhr hat der Kanzler die Weiterfahrt nach München angetreten.

München, 10. Februar. Zu dem bevorstehenden Besuch des Reichshändlers Dr. Luther schreibt die „Bayrische Staatszeitung“ an der Spitze ihres Blattes u. a.: „Wir sehen hier das Bedürfnis des neuen Reichshändlers, durch eigene Ansprache mit den leitenden Staatsmännern der leitenden Staaten in persönliche Fühlung mit den Völkern der Länder zu kommen. Dr. Luther hat in seiner Erklärung vor dem Reichstag und vor dem Reichsrat das Verhältnis der Reichsregierung zu den Ländern in den Vordergrund seiner Aufmerksamkeit gestellt und betont, daß die Reichsregierung die Zusammenarbeit mit den Ländern zu fruchtbringend wie nur irgend möglich gestalten wolle.“ Das Blatt schreibt: „Dr. Luther ist nach seiner ganzen Vergangenheit ein Mann sachlicher und ernster Arbeit im Dienste des nationalen Gedankens, einer Arbeit, die er seit der wahrhaftigsten Unternehmung Bayerns finden wird, wo immer eine Mitarbeit zum Wohle des Reiches und der Einzelstaaten besteht.“ Wir empfehlen ihm bei seinem ersten Besuch als Reichshändler in München als dem obersten Vertreter des Reiches anerkennen den Willkommensgruß.“

Königsberg, 10. Februar. Die zweite deutsche Ostreise wird, wie das Reichsamt mitteilt, am 15. Februar vom Reichshändler Dr. Luther eröffnet. Auch Reichswirtschaftsminister Dr. Reichmann hat seinen Besuch zugesagt. In Begleitung des Reichshändlers werden u. a. Ministerpräsident Dr. Brüningmann und Regierungsrat Dr. v. Stockhausen von der Reichshändler sein. Auf der Rückreise von der deutschen Ostreise ist eine Besichtigung der Warrentube geplant.

# Frankreich und der Friede

## „Weitere Aninnen!“

Die Forderung eines französischen Schwerindustriellen. Eine ganz eigenartige Auffassung für die Berechtigung und Notwendigkeit eines Krieges befindet sich in der geistig sehr hochstehenden und auch innerhalb Frankreichs durchaus angesehenen Pariser Zeitschrift „Revue des deux Mondes“ der französische Schwerindustrielle de Lannay. Eine so brutale, einseitige und offene auf geschäftliche, auf verbalerische Interessen abgezielte Begründung für den Krieg ist in der Publizistik aller Länder wohl noch kaum dazugekommen. Herr de Lannay plädiert auf „weiteren Ruinen“. Er macht geltend, daß wir unter einer Heberproduktion leiden, die zu einer Welt- und Weltwirtschaftskrise geführt habe. Wie aber dem abhelfen? Darauf antwortet Herr de Lannay:

„Welches die Bemühungen anderer Industriellen auch sein mögen, wir können aus der schon bestehenden Überproduktionskrise, die verhängnisvoll zu werden droht, nur durch eine allgemeine Beschränkung der Produktion herauskommen, welche diese nun in zeitlich bestimmter Form durch mehr oder weniger weit umfahnde Abkommen mit dem deutschen Schwerindustrielle, oder erfolge sie in der brutalen Form durch weitere Ruinen.“

Diese Auffassung gewinnt um desto mehr eine so große Bedeutung, weil sie in Verbindung steht mit den gegenwärtigen deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen. Man kann damit in dieser Auslegung nichts anderes erblicken, als eine ungeheuerliche Erpressung gegenüber Deutschland, entweder sich dem Willen der französischen Großindustrielle zu fügen, oder aber sich von dem in Ruinen legen zu lassen. Es ist also nach der Auffassung dieses französischen Großindustriellen, der sich rühmt, einen großen Kreis von Gewinnbegünstigten im wirtschaftlichen und politischen Leben hinter sich zu haben, Deutschland noch nicht genug ausgebeutet und ausgepresst. Deutschland muß sich vielmehr dem Willen dieser Interessengruppe fügen, oder aber man möge zur wirtschaftlichen Bereinigung auch noch die Vernichtung eines Landes und seiner Produktionsstätten.

Welche entsetzliche Weltverwirrung sich in dieser Auffassung andrückt, wird aber erst durch die nähere Begründung klar, die de Lannay seiner Auffassung gibt. Er sagt nämlich folgendes:

„Wenn man es fertig bringen würde, wie viele es erträmen, den künftigen Zustand eines europäischen Friedens zu verwirklichen, oder wenn auch nur einige Länder, etwa das ungarische, diese gefährliche Illusion gegen sich hätten, so würden die Abwärtstendenzen für Stahl und Eisen in militärischen Zwecken außerordentlich geschwächt werden; das gilt jetzt schon für die Marine.“

Tantum wird also ausgesprochen, daß Krieg sein muß, weil die Schwerindustrie sonst kein Absatzgebiet mehr hat, weil die Produktion in Eisen und Stahl für Kanonen und Patronen nicht mehr verwendet, also nicht mehr genügend verdienen kann. Man möchte, wenn diese Auffassung in Frankreich allgemein wäre, allerdings darauf verzichten, sich noch irgendwem am den An-

gleich zu bemühen. Alle bisher geleistete Arbeit würde vergeblich sein und alle Kräfte auf die Befriedigung des Lebenszustandes in Europa gerichteten Bestrebungen wären nutzlos, ja schief. Erfolgreicherweise gibt es aber noch andere Kräfte als diese französische Schwerindustrie, für die der Krieg eben ein Geschäft ist, so groß und so rentabel, wie es der Friede niemals sein kann. Aber es ist gut, daß wir uns diese Auffassung sehr maßgeblicher französischer Kreise einmal vor Augen führen.

### Der Sozialistenkongress in Grenoble

Paris, 10. Februar. Auf dem Sozialistenkongress in Grenoble wurde gestern vormittag die Kundgebung über die weitere Unterstützung des Kabinetts Herriot fortgesetzt. Als erster sprach im Namen des angesehnen linken Flügel der Partei Goussier. Er beantragte die Haltung der Partei während der letzten Kammerdebatte und richtete heftige Angriffe gegen das Kabinett Herriot, dem er den Vorwurf machte, die Politik Poincarés in verstärktem Maße fortgesetzt zu haben. Die Sozialisten hätten einen unverzeihlichen Fehler begangen, als sie den öffentlichen Anschlag der angesehenlichen Kreise Herriots vom 31. Januar gestimmt haben. Der Redner vertritt an Hand einzelner Stellen der Rede nachzuweisen, daß Herriot, der angeblich Demoskrat und Friedensfreund, der moralischen Abwärtstendenzen, von der er behauptet, daß sie allein zum wahren Frieden führen, mehr geschadet habe, als Poincaré. Es wird ihm nie gelassen, so fuhr der Redner fort, ein so großes Volk, wie das deutsche Volk zu sein, selbst wenn man ihm sämtliche Gewehre und Maschinengewehre nehmen würde, so müßte man neben jedem Deutschen eine Schilbmähe aufstellen. Die Entwertung des besetzten Volkes würde nie gelingen. Darauf es antwortet die Regierung sein. Herriot hat so gesprochen, — gehalten sie mir den Vergleich, — als ob der deutsche Reichstanzler die „Liberte“ angeführt habe, um zu beweisen, daß die französische Öffentlichkeit zu Gewalttätigkeit gegen Deutschland bereit ist. Die Ausführungen des Redners gipfelten schließlich in der Feststellung, daß eine weitere Unterstützung der Regierung zwar erwünscht sei, aber einer strengen Kontrolle unterzogen werden müßte.

Mit großer Spannung erwartete man dann die Rede Blum's. Der Redner verteidigte sich und seine Parteifreunde in einer längeren Rede. Die Haltung der parlamentarischen Gruppe würde sich, so behauptete er, in ihren sozialen Grundtendenzen mehr Geltung verschaffen können, wenn die sozialistischen Abgeordneten zu den „Liberte“ erwidern würden: „Wenn wir die Anwesenheit auf, weil die Regierung zu unterstützen und der parlamentarischen Vertretung der Partei ihr Vertrauen auszusprechen. Die Kammergruppe werde die Regierung nicht mehr unterstützen, wenn sie sich zu sehr von den sozialen und demokratischen Ideen entferne. Man werde aber nicht zulassen, daß das Kabinett von der Opposition in einer weniger wichtigen Frage gestürzt werde. Dann nahm noch eine Reihe von anderen Rednern das Wort. Im allgemeinen traten die Redner für eine weitere Unterstützung der Regierung ein.

# Eröffnung des englischen Parlaments

## Die Schuldenfrage

London, 10. Februar. Das Parlament tritt heute wieder zusammen. Laut „Daily News“ haben MacDonald und Lloyd George ihre Absicht angekündigt, der Premierminister heute zu fragen, ob die Erörterung der Schuldenpolitik der neuen Regierung bald erfolgen werde.

Der französische Berichterstatter des „Daily Telegraph“, Bertinax, meldet, die Lösung der Schuldenfrage dürfe eine lange Zeit in Anspruch nehmen. Ein einflussreicher Teil der öffentlichen Meinung Frankreichs sei ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit der Ansicht, daß folgende Gesichtspunkte maßgebend sein müßten: 1. Da es die Absicht der britischen Regierung sei, Deutschland zum Zahlen zu bringen, dürfe das britische Kabinett keinen Einwand dagegen erheben, die französischen Zahlungen an Großbritannien und den Umfang der deutschen Zahlungen an Frankreich von einander abhängig zu machen. 2. Die europäischen Schuldner Englands müßten die Verantwortung für die Zahlung der Differenz zwischen dem britischen Anteil an Deutschlands Reparationen und dem Gesamtbetrag von 40,2 Milliarden Goldmark, die Großbritannien an Amerika zahlen müßte, ihrerseits übernehmen. Die Summe, die der Differenz der beiden Beträge entspreche, nämlich zwischen dem britischen Anteil an den deutschen Reparationen und dem Gesamtbetrag der britischen Schuld an Amerika müßte den Alliierten, die Schuldner Großbritanniens seien, zugewiesen werden. — Der Berichterstatter meldet weiter: In Paris sei man der Ansicht, die Ueberreichung des Berichtes der internationalen Militärkontrollkommission werde verzögert, um der britischen, französischen und deutschen Regierung Zeit zu geben, einen Plan zu vereinbaren, der die Sicherheit der französischen Ökonomie und die wirkliche Entmilitarisierung des Rheinlandes (?) vorsehen würde. Die französische Regierung wolle

anschließend von England eine militärische Vereinbarung erhalten, ähnlich der vom Jahre 1902.

### Mehrheit für Pafisch in Jugoslawien

Belgrad, 10. Februar. In Belgrad erhielten die Radikalen 9428, die Demokraten 5594 Stimmen. Demnach sind die Radikalen Pafisch und Maximowitsch gewählt. In Agrum erhielten Trumbitsch 12.097, Kriljitschewitsch 2140, Davidowitsch 1283, und Surmin 297 Stimmen. Trumbitsch (Kroatische Bauernpartei) ist also gewählt. Nach Schätzungen des Ministeriums des Innern dürfte die Regierung 180 Mandate, demnach eine hinreichende absolute Majorität erlangt haben. Noch noch unbestätigten Privatmeldungen ist es im Velocarer Kreise zu Zusammenstößen zwischen Anhängern der Regierung und solchen der Radikalfraktion gekommen.

### Budapest, 10. Februar

Aus Eszabodha wird zu den Wahlen in Jugoslawien dem ungarischen Korrespondenzbüro gemeldet, daß kein einziger Vertreter der ungarischen Partei gewählt wurde. In Eszabodha wurde nur solchen Wählern der Eintritt in die Wahllokale gestattet, die mit radikalen Wählern verfahren waren. Dadurch konnten von den 15.000 ungarischen Wählern nur 4208 abstimmen. Nach Zensurberichten seien dort die Urnen der ungarischen Partei zertrümmert und hinausgeworfen worden. Aus vielen Orten wurden Fälle von schweren, zum Teil tödlichen Verwundungen gemeldet. In Zombatica sei ein Gendarm und ein Bauer bei den Tumulten getötet worden. In der Umgebung von Agrum seien vier Abgeordnete der Radikalfraktion schwer verletzt worden.

### Entspannung im griechisch-türkischen Konflikt

Paris, 10. Februar. Nach Meldungen aus Konstantinopel ist man in offiziellen türkischen Kreisen der Ansicht, daß zwischen Griechenland und der Türkei eine wesentliche Entspannung eingetreten ist. Die Westmächte halten zur Zeit Besprechungen über die Frage des Patriarchats unter sich ab.

## Das heimliche Abenteuer der Deutschnationalen

Man haben bereits zum zweiten Male die Deutschnationalen in öffentlicher Reichstags-Sitzung sich demaskieren müssen; das eine Mal in der Reformationsfrage, in welcher sie gezwungen waren, gegen den von ihnen gestellten Antrag zu stimmen, und damit alles zu widerrufen, was sie in ihrer Wahlpropaganda den Wählern alles versprochen hatten. Und nun wegen des Handelsvertrags mit Sam? Schon in der Sommerdebatte der letzten Woche wurden die Verhandlungen darüber ergippt. Die Deutschnationalen schieden als ihre Sprecher den sehr radikal eingestellten Reichsminister Freitag-Veringshausen vor, den sie offenbar nach der Verdrängung des gemäßigteren Hofseiner Hauptmann als Redner der Deutschnationalen für Außenpolitik bestellt haben. Uebrigens auch ein Zeichen für die Radikalisierung des Reichs innerhalb der Deutschnationalen Reichstagsfraktion, neben der Tatsache, daß Reichsminister Freitag-Veringshausen erklärte den Vertrag als inhaltlich für das Aussehen und die Würde des Deutschen Reiches. Trotzdem wolle, offenbar nach dem berühmten Muster vom 29. August, die Deutschnationale Reichstagsfraktion zur Hälfte für den Vertrag stimmen, also wieder halb und halb. Und auch jetzt wollten die Deutschnationalen für einen Vertrag stimmen, von dem sie nach ihrer eigenen Erklärung überzeugt seien, daß er gegen das Aussehen und die Würde des Reiches verstoße!

Aber die Demokraten und namentlich die Sozialdemokraten nahmen die Deutschnationalen beim Wort. Die Sozialdemokraten erklärten, daß sie es ablehnen müßten, für einen Vertrag zu stimmen, den die größte Regierungspartei des Reiches als gegen das Aussehen und die Würde des Reiches verstoßend betrachte. Jenseit müßte der Außenminister Stresemann

nach herbeigeholt werden, der den Deutschnationalen und namentlich ihrem Sprecher eine Rüge erteilt werden ließ und sich sehr energisch für das Abkommen einsetzte. Die Deutschnationalen, die offenbar mit der Sommerbestimmung des Hauses gezwungen waren, wurden nun, nachdem sie sahen, was sie angerichtet hatten, doch bedenklich, und die Folge war, daß sie durch Verhandlungen aus dem Saal die Wahlfähigkeit verlor. So daß die Abstimmung nicht vorgenommen werden konnte. In der Montag-Sitzung hingegen haben sie sozialistischer Stellen müssen, um den Vertrag durchzubringen. Denn wäre das nicht geschehen, dann wäre für die Regierung eine sehr peinliche Lage geschaffen worden, und zwar hervorgerufen durch die größte Regierungspartei selber.

Die Deutschnationalen sind wirklich eine merkwürdige Regierungspartei. Die Macht wollen sie unter allen Umständen haben, aber die Verantwortung scheuen sie ab. Wenn die Deutschnationalen aber glauben, daß sie lediglich die Herrschaft ausüben brauchen, während die anderen die Würde der Verantwortlichkeit tragen müssen und dafür obendrein auch noch von der Deutschnationalen Presse bekämpft und beschimpft werden, dann werden sie sich allerdings bitterlich täuschen.

### Ein Zentrumsantrag für das höhere Schulwesen

Die Abgeordneten Dr. Schreiber und Feherenbach nebst anderer Fraktion haben im Reichstag folgenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen: Die Reichsregierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf, betreffend Regelung des höheren Schulwesens (Artikel 146, Abs. 1 R.-G.) vorzulegen.

### Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsaussichten für den 10. Februar abends bis 11. Februar abends: Veränderliche, vorwiegend starke Bewölkung, Regenfälle von kürzerer Dauer, Temperatur nicht wesentlich geändert, weiterhin böige Winde aus westlicher Richtung.